



## PRESSEMITTEILUNG

ROTH, 04. DEZEMBER 2024

### Harte Haushaltsverhandlungen

Sparzwang dominiert die jüngsten Ausschusssitzungen – dabei liegen die Ursachen für steigende Ausgaben nicht beim Kreis

**Roth.** Noch liegt die Haushaltssitzung des Kreistags in überschaubarer Ferne, und doch steht eines schon fest: Der Sparzwang, er wird weh tun. Das wurde in den jüngsten Ausschusssitzungen deutlich und auch in der Expertise von Kämmerer Jürgen Lafère, der mehrmals sehr deutlich wurde. „Die kommunalen Finanzen stehen am Abgrund.“ Gegensteuern – auch eine Erkenntnis aus den intensiven Beratungen – ist kaum möglich.

Denn: In den Bereichen, in denen die Ausgaben regelrecht explodieren, hat der Landkreis selbst keine Handhabe. Beispiel Bezirksumlage. Die alleine soll schon um 4,3 Millionen Euro steigen und ist mit 47,6 Millionen Euro die größte Einzelposition im Etatentwurf für 2025. Für die Jugendhilfe werden aus 14,7 Millionen Euro heuer 15,9 im kommenden Jahr. Summen, die aufgrund gesetzlicher Vorgaben und Standards bezahlt werden müssen. Immer mehr Menschen, die Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen. Der Asylbereich, in dem die Leistungen das Land, das Personal aber der Kreis schultern muss... Die immer dramatischer werdende Situation der Krankenhäuser deutschlandweit mit steigenden Defiziten...die Liste ließe sich fortsetzen.

Zwar gibt es die ein oder andere Haushaltsstelle, deren Volumen „politisch steuerbar“ ist, wie Jürgen Lafère verdeutlichte. Allerdings zeigte sich in den einzelnen Gremien, wie schwierig die Umsetzung ist. Die Gratwanderung zwischen dem - auf allen Seiten vorhandenen – Sparwillen und den tatsächlichen Möglichkeiten, den Rotstift anzusetzen, ist eine ganz schmale. Teils, weil es sich um Pflichtaufgaben handelt, teils, weil noch mehr Zurückfahren beispielsweise bei Unterhaltskosten nicht mehr nur Wert-, sondern Substanzverlust bedeuten würde. „Und den will sicher niemand.“

Gerade im sozialen Sektor, auf dem hinter der Bedürftigkeit Einzelschicksale stehen. „Das ist sicher eines der schwierigsten Felder, um zu sparen“, setzte Landrat Ben Schwarz in Relation. „Da tut es richtig weh.“

Inhaltlich hart wurde dennoch auch im Ausschuss für Seniorenarbeit, soziale Angelegenheiten und Inklusion diskutiert. Grundtenor wie überall: Freiwillige Leistungen hinterfragen, kürzen, auf Wirksamkeit prüfen. Im Hochbau lautete die Parole: Begonnene Projekte fortführen, beim Unterhalt nur das Nötigste und: Schieben. Dieses Credo traf auch die Planungen im Tiefbau. So wurden unter die Radwege Obermässing-Röckenhofen sowie Heblesricht-Schönbrunn-Lampersdorf verschoben, für die Sanierung eines Brückenbauwerks lautete der Auftrag: kostengünstigere Lösungen suchen.



## PRESSEMITTEILUNG

Aus dem Bereich Jugendhilfe – laut Amtsleiterin Dorothee Schmidt ohnehin fast nur Pflichtaufgaben – gelang es gerade einmal 62 000 Euro einzusparen. Da tat sich zum Beispiel bei der Jugendsozialarbeit ein Dilemma auf. Natürlich könnte man da kürzen, „nur kommt uns das später sicher später sehr viel teurer zu stehen“. Schmidt warb für diese wertvolle pädagogische Arbeit und machte keinen Hehl daraus, dass „mir ein Strategiewechsel das Herz brechen würde“.

Den wollte auch der Schulausschuss nicht und bekannte sich deutlich zur Schulsozialarbeit. Dafür sah er sich an anderer Stelle mit einer kniffligen Frage konfrontiert. Selbst Geld in die Hand nehmen für die Ersatzbeschaffung der langsam in die Jahre gekommenen Digitalausstattung oder auf ein Förderprogramm des Bundes warten? Hinter dem steht nach dem Ampel-Aus allerdings ein Fragezeichen. Letztlich einigten sich die Kreisräte auf einen Kompromiss: Von den ursprünglich eingeplanten 750 000 Euro verbleiben 100 000 für „Notfälle“ im Haushalt.

Der umfasst insgesamt gut 28 Millionen Euro – davon 14,4 Millionen Sachausgaben - und bestreitet damit 15 Prozent des Gesamtetats. Nicht antasten wollte das Gremium die Zuschüsse für die Mädchenrealschule Abenberg und die Waldorfschule Wendelstein, die „unsere Schullandschaft bereichern“. Ohnehin „nicht mehr zu stoppen“ ist die Abfinanzierung des ersten Bauabschnitts des Gymnasiums Roth, der zweite schlägt mit einer Rate von 6,5 Millionen Euro zu Buche. Für das Berufsschulzentrum wird Geld aus einem Haushaltsausgaberest verwendet, um Planungen im Sinne einer strategischen Zukunftsausrichtung voranzutreiben.

„Die in der Sache intensiven Diskussionen zeigen, dass wir uns miteinander der politischen Verantwortung bewusst sind“, sagt Landrat Ben Schwarz. Zugleich versichert er, dass trotz der schwierigen Haushaltslage in entscheidenden Bereichen investiert wird. „Wir müssen schließlich zukunftsfähig sein.“